

GUTE ARBEIT IM JOBCENTER

ver.di

06. Juli 2023

BUNDESARBEITSKREIS JOBCENTER

Was ist die soziale Beratung junger Menschen wert?

Die Bundesregierung hat uns mit dem Plan überrascht, die Beratung und Vermittlung von jungen Menschen von den Jobcentern in die Bundesagentur für Arbeit zu verlagern. Dadurch will man 900 Millionen Euro an Steuergeldern einsparen und diese Leistungen stattdessen zu Lasten der Sozialversicherung erbringen.

Dies wirkt wie ein übler Hütchenspielertrick. In der Agentur würde diese Leistung, genau so viel kosten. Nur dann eben nicht von der Allgemeinheit bezahlt (Steuerzahler:innen), sondern von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Beitragszahler:innen).

Sollte dies nicht in der gleichen Qualität stattfinden, dann spart man Geld am völlig falschen Ende und das wird sich sozialpolitisch auf Jahrzehnte auswirken. In der Beratung der unter 25-Jährigen geht es vielfach um soziale Problemlagen wie Schulden, Sucht und psychische Probleme. Die Jobcenter haben hier die entsprechende Beratungskompetenz und verfügen über die geeigneten Strukturen und das Netzwerk vor Ort.

Die zusätzliche Schnittstelle zum Leistungsbereich der Jobcenter würde darüber hinaus zu Reibungsverlusten führen, unter denen nicht nur das Personal der Arbeitsagenturen und Jobcenter, sondern vor allem die betroffenen jungen Menschen zu leiden hätten.

Das alles läuft den Bürgergeld-Reformen dieser Regierung zuwider und ist geeignet, das Vertrauen in den Sozialstaat zu erschüttern. Wenn eine Regierung bereit ist, grundlegende Säulen der sozialen Sicherung kurzfristigen finanzpolitischen Erwägungen zu opfern, muss sie sich nicht wundern, wenn immer mehr Menschen diesem Staat den Rücken kehren und fragwürdigen Demagogen anheimfallen.

Die Beratung und Vermittlung der unter 25-Jährigen gehört weiter in die Jobcenter:

- weil wir die Erfahrung und die soziale Beratungskompetenz mit den jungen Menschen haben
- weil wir nah am Menschen sind
- weil wir auch über die geeigneten Maßnahmen für die jungen Menschen verfügen und gerade mit dem Bürgergeld noch mehr dazu beitragen können, sie nachhaltig zu fördern und zu integrieren
- weil es bei uns mit dem Fallmanagement gewachsene Strukturen gibt, gerade die jungen Menschen mit multiplen Problemlagen angemessen zu beraten
- weil wir eine wichtige Säule der Vernetzung in den Jugendberufsagenturen darstellen

Geld zu Lasten der jungen Generation einzusparen, bzw. aus dem Bundeshaushalt heraus zu operieren ist im Blick auf die Zukunft junger Menschen unverantwortlich und wird sich möglicherweise auch langfristig finanziell rächen - von den drohenden langfristigen gesellschaftlichen Folgekosten einer nur unzureichend integrierten Jugend einmal abgesehen.

Dieser Plan bringt zur Unzeit Verunsicherung und Demotivierung in die Belegschaft der Jobcenter hinein, die gerade mit der Umsetzung der Bürgergeld-Reform mehr als ausgelastet ist.

Der Bundesarbeitskreis fordert, dass die Kolleg:innen nicht als Verschiebemaschine bei dieser fiskalischen Tuschenspielerlei missbraucht zu werden! Diese gesellschaftliche Aufgabe muss steuerfinanziert erfolgen und nicht beitragsfinanziert über die Sozialabgaben!